Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 846**

18. Wahlperiode Eingang: 3.11.2026

Antrag

des Abg. Peter Hauk u. a. CDU

Umgang mit Fake-News zum Klimawandel

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. ob sie beabsichtigt, die Empfehlungen der Verbraucherkommission Baden-Württemberg in ihrer Stellungnahme Nr. 81/2026 „Wie geht man mit Fake News zum Klimawandel um?“ umzusetzen;

2. welche konkreten Maßnahmen sie zur Eindämmung der Verbreitung von Falschinformationen zum Klimawandel in sozialen Netzwerken ergreifen will;

3. welche Initiativen sie plant, um die Fähigkeit von Schülerinnen und Schülern sowie der Bevölkerung insgesamt zu stärken, Informationen zum Klimawandel kritisch zu hinterfragen, deren Quellen und Glaubwürdigkeit zu beurteilen und Falschinformationen zu erkennen;

4. welche Maßnahmen sie ergreifen will, um wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel verständlich, transparent und allgemein zugänglich zu vermitteln sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit zu fördern;

5. ob sie die Einrichtung einer öffentlich zugänglichen Dokumentation von Personen und Organisationen, die wiederholt Falschinformationen zum Klimawandel verbreiten, für sinnvoll und rechtlich umsetzbar hält und welche Schritte sie gegebenenfalls hierzu unternehmen wird.

27.10.2026

Hauk, Rathgeb, Dr. Schwarz, Dr. Rapp, Herzog CDU

B e g r ü n d u n g

Falschinformationen zum Klimawandel verbreiten sich insbesondere über soziale Netzwerke und können durch automatisierte Accounts und den Einsatz von Chatbots zusätzlich verstärkt werden. Sie erschweren eine sachliche gesellschaftliche Debatte, verunsichern Verbraucherinnen und Verbraucher und können die Akzeptanz wirksamer Klimaschutzmaßnahmen beeinträchtigen. Zugleich wird es angesichts der zunehmenden Bedeutung digitaler Informationsangebote immer wichtiger, wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich zu vermitteln und die Medienkompetenz der Bevölkerung zu stärken. Die Verbraucherkommission Baden-Württemberg hat sich in ihrer Stellungnahme Nr. 81/2026 „Wie geht man mit Fake News zum Klimawandel um?“ mit möglichen Gegenmaßnahmen befasst und hierzu konkrete Empfehlungen vorgelegt. Diese umfassen unter anderem die Eindämmung der Verbreitung von Falschinformationen durch automatisierte Accounts, den Umgang mit Falschinformationen durch KI-Chatbots, die Förderung der wissenschaftlichen Bildung zum Klimawandel und Medienkompetenz, die Verbesserung der Wissenschaftskommunikation sowie eine transparente Dokumentation wiederholt verbreiteter Falschinformationen.
Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Landesregierung die Empfehlungen der Verbraucherkommission bewertet und ob sie diese zum Anlass nehmen wird, eigene Maßnahmen und Initiativen zu ergreifen beziehungsweise sich auf Bundes- und europäischer Ebene für deren Umsetzung einzusetzen.